

# **BERLIN - INTERN DER INFOBRIEF**



der  
**LANDESRUPPE BRANDENBURG**  
der  
**CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag**

**Mitglieder:** Michael Stübgen, MdB (Vorsitzender der Landesgruppe)  
Jens Koeppen, MdB (Stellvertretender Vorsitzender)  
Uwe Feiler, MdB  
Hans-Georg von der Marwitz, MdB  
Martin Patzelt, MdB  
Jana Schimke, MdB  
Sebastian Steineke, MdB  
Dr. Klaus-Peter Schulze, MdB

**Nr. 20 / 2016 (20. Mai 2016)**

## **Inhaltsverzeichnis:**

1. Vorwort des Landesgruppenvorsitzenden
2. Die wirtschaftliche Lage in Deutschland im Mai 2016
3. Anhaltend positive Entwicklung der Erwerbstätigkeit im 1. Quartal 2016
4. Förderprogramme zur Steigerung der Energieeffizienz gestartet
5. Bundeskabinett beschließt Förderung von E-Mobilität
6. Einigung bei Werkverträgen und Leiharbeiter
7. Kurz notiert

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

das Bundeskabinett hat am vergangenen Mittwoch eine Formulierungshilfe für einen Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU/CSU und SPD zur Änderung des Gesetzes über Finanzhilfen des Bundes zum Ausbau der Kindertagesbetreuung beschlossen. Den Ländern wird danach ein Jahr mehr Zeit eingeräumt, Gelder des Bundes für den Kita-Ausbau zu bewilligen. Im Investitionsprogramm "Kinderbetreuungsfinanzierung 2015-2018" hatte der Bund den Ländern für den Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren 550 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Diese Gelder müssten nach der bisherigen Regelung bis Ende Juni von den Ländern für Projekte der Kommunen bewilligt werden. Bis April sind aber erst 56,6 Prozent der Gelder durch die Länder

bewilligt worden. Durch die Änderung des Kinderbetreuungsfinanzierungsgesetzes verschiebt sich zudem der Termin zur Auflösung des Sondervermögens um ein Jahr auf Ende 2021. Damit folgt die Bundesregierung einem Wunsch der Länder. Die neuen Fristen zur Bewilligung der Bundesmittel ermöglicht es den Ländern nun, die Gelder vollständig für neue Betreuungsplätze einzusetzen.

Ihr



Michael Stübgen, MdB  
Landesgruppenvorsitzender

## **2. Die wirtschaftliche Lage in Deutschland im Mai 2016**

Die deutsche Wirtschaft ist gut in das Jahr 2016 gestartet. Gemäß der Schnellmeldung des Statistischen Bundesamts vom 13. Mai 2016 nahm die wirtschaftliche Aktivität in den ersten drei Monaten saisonal bereinigt um 0,7 % kräftig zu. Getragen wurde das Wachstum vornehmlich von den binnenwirtschaftlich orientierten Komponenten des Bruttoinlandsprodukts. Aber auch die Ausfuhren haben sich in den letzten Monaten etwas belebt. Die Erwerbstätigkeit nahm im ersten Vierteljahr weiterhin merklich zu, wobei neue Beschäftigung vornehmlich in den Dienstleistungsbereichen entstand. Die Industrieproduktion war im ersten Quartal deutlich besser als von vielen Seiten angesichts des schwierigen außenwirtschaftlichen Umfelds erwartet wurde und die Bauproduktion profitierte spürbar vom milden Winter. Das stabile Preisniveau, die steigende Beschäftigung und zunehmende Einkommen der privaten Haushalte ermöglichten einen weiteren Anstieg der privaten Konsumausgaben. Konjunkturell stützend haben auch die staatlichen Ausgaben für die Versorgung der Flüchtlinge gewirkt. Nach den bisher vorliegenden Indikatoren dürften auch die Investitionen merklich zugenommen haben. Insbesondere im Kraftfahrzeugbereich kam es zu einem kräftigen Anstieg der Neuzulassungen in den ersten vier Monaten dieses Jahres.

Die Verunsicherung der Wirtschaft zu Jahresbeginn hat sich weiter zurückgebildet. Die konjunkturellen Aussichten der deutschen Wirtschaft werden von den Unternehmen wieder etwas besser eingeschätzt. Die aktuelle Lageeinschätzung seitens der Unternehmen ist nach wie vor günstig. Nach dem positiven Start in das Jahr 2016 dürfte sich das Wachstum der deutschen Wirtschaft im zweiten Vierteljahr dennoch etwas verlangsamen, weil die übliche Frühjahrsbelebung angesichts der milden Witterung im ersten Vierteljahr etwas schwächer ausfallen dürfte.

Die Weltwirtschaft wächst gegenwärtig nur moderat. Im laufenden Jahr dürfte ihr Wachstum nur wenig höher ausfallen als im Vorjahr. In den Vereinigten Staaten hat sich das Expansionstempo im ersten Quartal 2016 stark verlangsamt. Die Konjunktur in Japan ist ins Stocken geraten. Demgegenüber hat sich im Euroraum die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts im ersten Quartal beschleunigt. Unter den Schwellenländern verzeichnet China zwar weiterhin ein hohes Wachstum. Es verlangsamt sich aber weiter. Die aktuellen Frühindikatoren für die globale Wirtschaft deuten nur auf eine sehr allmähliche konjunkturelle Belebung hin. Trotz des nach wie vor schwierigen Umfelds haben sich die deutschen Warenausfuhren zuletzt etwas erholt und im Februar um 1,3 % und März um 1,9 % jeweils spürbar zugenommen. Im ersten Quartal ergab sich damit ein leichtes Plus der nominalen Ausfuhren von Waren um 0,4 % gegenüber dem Vorquartal. Die nominalen Einfuhren wurden im ersten Quartal um 0,3 % reduziert. Daraus ergaben sich Überschüsse in der Leistungsbilanz im ersten Quartal in Höhe von 65,7 Mrd. Euro (+7,5 Mrd. Euro gegenüber Vorjahr). Da die Einfuhrpreise im ersten Quartal mit -2,6 % deutlich stärker gesunken sind als die Ausfuhrpreise (-0,7 %) dürften vom Außenhandel preisbereinigt dennoch keine positiven Impulse auf das Wirtschaftswachstum ausgegangen sein. Die Exportaussichten werden sich voraussichtlich nur langsam aufhellen.

Das Produzierende Gewerbe konnte seine Schwächephase der zweiten Jahreshälfte 2015 überwinden. Trotz eines Rückpralls der Produktion im März fiel das Ergebnis des ersten Quartals insgesamt sehr positiv aus. Sowohl die Produktion in der Industrie (+1,9 %) als auch im Baugewerbe (+3,4 %) wurde kräftig ausgeweitet. Die Energieerzeugung ging hingegen angesichts des milden Winters zurück (-1,4 %). Innerhalb der Industrie konnte das Produktionsvolumen im ersten Quartal in allen Hauptgruppen und über nahezu alle Branchen hinweg ausgeweitet werden. Bei den Umsätzen der Industrie waren zwar am aktuellen Rand leichte Rückgänge zu beobachten, für das Quartal insgesamt wurden jedoch sowohl mit dem In- als auch Ausland Umsatzzuwächse verzeichnet. Die Auftragseingänge expandierten bei leicht überdurchschnittlichen Großaufträgen im März spürbar und auch im Quartalsvergleich wurde ein Auftragsplus verbucht. Hier war jeweils ein Zuwachs der Auslandsnachfrage ausschlaggebend, wobei die positiven Impulse insbesondere aus Ländern außerhalb der Eurozone kamen. Die Bestellungen aus dem Inland gingen demgegenüber etwas zurück. Die Geschäftserwartungen der Industrie hellten sich weiter auf. Insgesamt dürfte die Industriekonjunktur moderat aufwärtsgerichtet bleiben.

Die Konsumnachfrage der privaten Haushalte bleibt hoch. Insbesondere der Handel mit Kraftfahrzeugen verläuft seit einiger Zeit sehr dynamisch. Im Durchschnitt der Monate Januar und Februar fielen die Kfz-Umsätze gegenüber dem Jahresschlussquartal 2015 real um 4,5 % höher aus. Der sonstige Einzelhandel entwickelt sich seit Jahresbeginn dagegen etwas schwächer. Trotz eines kräftigeren Rückgangs im März konnte für das erste Quartal dennoch ein geringes Umsatzplus von 0,2 % verbucht werden. Insgesamt befindet sich die Stimmung unter Einzelhändlern auf einem hohen Niveau. Auch die Kauflaune der Verbraucher bleibt angesichts positiver Rahmenbedingungen nahezu ungebremst. Insbesondere der robuste Arbeitsmarkt und eine äußerst moderate Preisentwicklung sorgen dafür, dass der private Konsum als Stütze der Konjunktur bestehen bleibt.

Der positive Trend am Arbeitsmarkt hält an. Die Erwerbstätigkeit stieg im März gegenüber Februar um 44.000 Personen. Die Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung blieb bemerkenswert hoch. Mit der Frühjahrsbelebung ist im April die registrierte Arbeitslosigkeit um 101.000 auf 2,74 Mio. Personen gesunken. In der saisonbereinigten Betrachtung ergab sich bei der Arbeitslosigkeit auch aufgrund des Anstiegs entlastender arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen gegenüber dem Vormonat ein Rückgang um 16.000 Personen. Die Nachfrage nach Arbeitskräften bleibt hoch. Die Auswirkungen der kräftigen Zuwanderung durch Flüchtlinge auf den Arbeitsmarkt sind noch moderat, sie werden aber bei der Arbeitslosigkeit sichtbar.

### **3. Anhaltend positive Entwicklung der Erwerbstätigkeit im 1. Quartal 2016**

Im ersten Quartal 2016 hatten nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes rund 43,1 Millionen Erwerbstätige ihren Arbeitsort in Deutschland. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum wuchs die Zahl der Erwerbstätigen kräftig um 533 000 Personen oder 1,3 %. Damit hat sich die gute Entwicklung der Erwerbstätigkeit zum Jahresbeginn fortgesetzt. Im vierten Quartal 2015 war der Anstieg zum Vorjahr mit + 1,0 % etwas schwächer ausgefallen.

Gegenüber dem Vorquartal sank die Zahl der Erwerbstätigen im ersten Quartal 2016 um 384 000 Personen (- 0,9 %). Ein Rückgang der Erwerbstätigkeit ist im ersten Vierteljahr eines Jahres üblich. Er war aber 2016 durch den milden Winter geringer als im Durchschnitt der letzten fünf Jahre (- 462 000 Personen). Saisonbereinigt, das heißt nach rechnerischer Ausschaltung der üblichen jahreszeitlich bedingten Schwankungen, ergab sich ein Zuwachs gegenüber dem Vorquartal von 181 000 Personen oder 0,4 %. Der Anstieg der Gesamterwerbstätigenzahl gegenüber dem Vorjahresquartal ist im ersten Vierteljahr 2016 erneut überwiegend auf die Dienstleistungsbereiche zurückzuführen. Die größten absoluten Beschäftigungsgewinne innerhalb der Dienstleistungsbereiche gab es bei den Öffentlichen Dienstleistern, Erziehung, Gesundheit mit einem Plus von 177 000 Personen (+ 1,7 %), gefolgt von den Unternehmensdienstleistern mit + 150 000 Personen (+ 2,7 %) sowie dem Bereich Handel, Verkehr und Gastgewerbe mit + 144 000 Personen (+ 1,5 %).

Im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) stieg die Zahl der Erwerbstätigen im ersten Quartal 2016 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 16 000 Personen (+ 0,2 %) und im Baugewerbe um 25 000 Personen (+ 1,1 %). In der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei sank die Erwerbstätigenzahl um 19 000 Personen (- 3,1 %).

Die Zahl der Arbeitnehmer erhöhte sich im ersten Vierteljahr 2016 im Vergleich zum ersten Quartal 2015 insgesamt um 574 000 Personen (+ 1,5 %) auf 38,75 Millionen Personen. Die Zahl der Selbstständigen einschließlich mithelfender Familienangehöriger sank im selben Zeitraum um 41 000 Personen (- 0,9 %) auf 4,31 Millionen.

Die Zahl der durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden je Erwerbstätigen verringerte sich nach ersten vorläufigen Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit im ersten Quartal 2016 im Vergleich zum ersten Quartal 2015 um 1,1 % auf 347 Stunden. Das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen – also das Produkt aus Erwerbstätigenzahl und geleisteten Stunden je Erwerbstätigen – stieg im gleichen Zeitraum leicht um 0,2 % auf rund 14,9 Milliarden Stunden.

Neben der Erstberechnung der Erwerbstätigenzahlen und der geleisteten Arbeitsstunden für das erste Quartal 2016 wurden die bisher für die Vierteljahre 2015 veröffentlichten Ergebnisse im Rahmen der turnusmäßigen Überarbeitung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen neu berechnet. Aus der Neuberechnung der Erwerbstätigenzahlen resultiert für das dritte Quartal 2015 auf gesamtwirtschaftlicher Ebene eine vom bisherigen Veröffentlichungsstand um 0,1 Prozentpunkte nach oben abweichende Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahresquartal. Für das erste, zweite und vierte Quartal 2015 blieben die Veränderungsrate unverändert, dies gilt auch für die Veränderungsrate des Jahres 2015 insgesamt (+ 0,8 %).

#### **4. Förderprogramme zur Steigerung der Energieeffizienz gestartet**

Eine deutliche Steigerung der Energieeffizienz ist Voraussetzung für das Gelingen der Energiewende. Denn der Ausbau der erneuerbaren Energien allein wird nicht reichen, um die mit dem Energiekonzept gesetzten Klimaschutzziele zu erfüllen. Hierfür ist auch eine deutliche Senkung des Energieverbrauchs erforderlich. Das Ziel: Möglichst wenig Energie verbrauchen und den verbleibenden Bedarf mit erneuerbaren Energien decken. Konkret geht es darum, den Energieverbrauch bis 2050 zu halbieren, was rein rechnerisch dem heutigen Energieverbrauch der Benelux-Staaten und Österreichs zusammen entspricht. Auf diesem Weg haben wir bereits einiges erreicht. So zählt Deutschland zu den Ländern mit der höchsten Energieproduktivität in Europa. Der Primärenergieverbrauch konnte in den letzten Jahren spürbar gesenkt werden, im Zeitraum 2008 bis 2014 um 8,3 % (das entspricht etwa dem jährlichen Energieverbrauch Portugals). Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch sind entkoppelt.

Da weitere Schritte erforderlich sind, hat das Bundeswirtschaftsministerium eine breit angelegte Offensive gestartet und stellt hierfür von 2016 bis 2020 über 17 Mrd. Euro für die Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen zur Verfügung. Mit dem Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz vom Dezember 2014 und den Beschlüssen zur weiteren Umsetzung der Energiewende vom 1. Juli 2015 hat die Bundesregierung die strategische Ausrichtung der Energieeffizienzpolitik definiert. Ziel ist es die Energieeffizienz im Gebäudebereich voranzubringen und hier einen Förderschwerpunkt zu setzen, die Energieeffizienz als Rendite und Geschäftsmodell zu etablieren und die Eigenverantwortlichkeit für Energieeffizienz zu erhöhen.

Um diese drei Zielsetzungen voranzubringen starten als Teil der Effizienzoffensive vier neue Programme:

- das Förderprogramm zur Abwärmevermeidung und Abwärmennutzung (Start: 1. Mai 2016);
- das Programm zur Förderung hocheffizienter Querschnittstechnologien (Start: 10. Mai 2016);
- Step up! - die wettbewerbliche Ausschreibung für Stromeffizienzmaßnahmen (Start im Juni 2016);
- das Pilotprogramm Einsparzähler (Start: Mai 2016).

Bei der Abwärmenutzung geht es um die Förderung von Investitionen in Abwärmevermeidung und -nutzung in Unternehmen. Ähnliches gilt für die Förderung von Querschnittstechnologien. Auch hier werden Investitionskostenzuschüsse für ausgewählten Technologien gewährt, u.a. für effiziente industrielle Pumpen. Das wettbewerbliche Ausschreibungsmodell für Stromeffizienzmaßnahmen fördert gezielt die Investitionen, die mit den geringsten Förderkosten die höchsten Stromeinsparungen bringen. Mit dem "Pilotprogramm Einsparzähler" fördern wir den neuartige Energiedienstleistungen und Geschäftsmodelle auf Basis digitaler Messgeräte.

Daneben ist ein Bewusstseinswandel bei allen Verbrauchergruppen erforderlich. Daher startet heute als weiterer Baustein der Energieeffizienzoffensive die Informationskampagne "Deutschland macht's effizient". Die Kampagne richtet sich gleichermaßen an private Verbraucher, Unternehmen und öffentliche Einrichtungen. Alle Verbrauchergruppen sollen motiviert werden, Wärme und Strom möglichst sparsam einzusetzen. Energieeffizienz lohnt sich, und zwar für jeden von uns. Gleichzeitig heißt das nicht Verzicht, sondern mehr Komfort und modernste Technologien.

## **5. Bundeskabinett beschließt Förderung von E-Mobilität**

Die Bundesregierung fördert den Kauf von Elektrofahrzeugen. Wer ein rein elektrisch betriebenes Fahrzeug erwirbt, erhält eine Prämie von 4.000 Euro. Zudem sollen neue Elektroautos zehn Jahre von der Steuer befreit sein.

Wer sein Elektroauto im Betrieb des Arbeitgeber aufladen darf, kann sich künftig freuen: Dieser Vorteil ist für ihn steuerfrei. Auch wenn hier Stromkosten gespart werden, die "Tankfüllung" wird nicht als geldwerter Vorteil versteuert. Anders als bei andere Arbeitgeber-Vergünstigungen, etwa Dienstwagen oder Essensgutscheinen.

Auch Arbeitgeber profitieren von dem Gesetzentwurf: Sie können über die Lohnsteuer den Aufbau von Ladestationen auf ihrem Betriebsgelände bezuschussen lassen. Beides sieht der Gesetzentwurf des Bundesfinanzministeriums zur steuerlichen Förderung von Elektromobilität im Straßenverkehr vor. Die Regelungen sind Teil eines Marktanreizprogramms, das zu größerem Absatz von Elektrofahrzeugen und schnellerem Ausbau der Ladeinfrastruktur beitragen soll.

Deshalb spart auch, wer sich ein Elektroauto neu zulegt: Es ist ab der Erstzulassung zehn Jahre lang von der Kraftfahrzeugsteuer befreit, auch dies eine Neuregelung. Das neue Gesetz ist Bestandteil des Maßnahmenpakets der Bundesregierung zur Förderung der Elektromobilität, auf das sich die Spitzen der Fraktionen Ende April geeinigt hatten. Als weiteren Baustein des Pakets nahm das Kabinett den Entwurf der Richtlinie zur Förderung des Absatzes elektrisch betriebener Fahrzeuge zur Kenntnis. Die Richtlinie regelt den Umweltbonus für Elektrofahrzeuge - die sogenannte Kaufprämie.

Vorgesehen ist, einen Betrag von 4.000 Euro für rein elektrische Fahrzeuge und von 3.000 Euro für Plug-in-Hybride zu gewähren. Bund und Industrie tragen jeweils die Hälfte des Zuschusses. Zuständig ist das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (Bafa). Es wird den Bonus auszahlen. Die Anträge können online beim Bafa gestellt werden. Das Amt vergibt die Förderung solange bis die Bundesmittel von 600 Millionen Euro aufgebraucht sind. Das Programm läuft spätestens 2019 aus.

Die Förderrichtlinie zur Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge in Deutschland ist gleichfalls in Arbeit. Mit dem Programm will die Bundesregierung den Aufbau eines flächendeckenden Netzes von Schnelllade- und Normalladestationen fördern. 300 Millionen Euro stellt sie dafür von 2017 und bis 2020 bereit. Die Bundesanstalt für Verwaltungsdienstleistungen wird das Programm verwalten. Die Mittel für die Maßnahmen des Paketes sollen aus dem Sondervermögen "Energie- und Klimafonds" bereitgestellt werden.

## **6. Kurz notiert**

### **6.1. Bruttoinlandsprodukt im 1. Quartal 2016 um 0,7 % gestiegen**

Die deutsche Wirtschaft ist schwungvoll ins Jahr gestartet: Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) war im ersten Quartal 2016 – preis-, saison- und kalenderbereinigt – um 0,7 % höher als im vierten Quartal 2015. Damit hat der moderate Wachstumskurs des vergangenen Jahres (+ 0,3 % im Schlussquartal 2015) an Dynamik gewonnen, teilt das Statistische Bundesamt weiter mit. Positive Impulse kamen im Vorquartalsvergleich – preis-, saison- und kalenderbereinigt – nach vorläufigen Berechnungen vor allem aus dem Inland. Die privaten Haushalte und der Staat erhöhten ihre Konsumausgaben zum Jahresbeginn. Auch die Investitionen legten zu: Bedingt durch die erneut milde Witterung wurde sowohl in Bauten als auch in Ausrüstungen deutlich mehr investiert als im vierten Quartal 2015. Nach vorläufigen Berechnungen wurde das Wachstum dagegen von der außenwirtschaftlichen Entwicklung etwas gebremst, weil die Importe stärker stiegen als die Exporte. Auch im Vorjahresvergleich ist die deutsche Wirtschaft gewachsen: Das preisbereinigte BIP stieg im ersten Quartal 2016 um 1,3 %, kalenderbereinigt um 1,6 %, da ein Arbeitstag weniger zur Verfügung stand als ein Jahr zuvor. Die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal 2016 wurde von 43,1 Millionen Erwerbstätigen erbracht, das waren 533 000 Personen oder 1,3 % mehr als ein Jahr zuvor.

### **6.2. Hochschulen gaben im Jahr 2014 mehr als 48 Milliarden Euro aus**

Im Jahr 2014 gaben die deutschen öffentlichen, kirchlichen und privaten Hochschulen 48,2 Milliarden Euro für Lehre, Forschung und Krankenbehandlung aus. Wie das Statistische Bundesamt weiter mitteilt, waren das 4,1 % mehr als im Jahr 2013 (46,3 Milliarden Euro). Mit 27,9 Milliarden Euro waren die Personalausgaben – wie in den Jahren zuvor – der größte Ausgabeposten der deutschen Hochschulen (2013: 26,6 Milliarden Euro). Sie machten 57,8 % der gesamten Hochschulausgaben aus. Der laufende Sachaufwand betrug 16,3 Milliarden Euro (2013: 15,8 Milliarden Euro). Die Investitionen lagen mit 4,0 Milliarden Euro auf dem Stand des Vorjahres. Auf die Universitäten (ohne medizinische Einrichtungen/Gesundheitswissenschaften der Universitäten) entfiel 2014 ein Ausgabevolumen von 19,6 Milliarden Euro, das waren 3,3 % mehr als 2013. Die medizinischen Einrichtungen/Gesundheitswissenschaften der Universitäten wendeten für Lehre, Forschung und Krankenbehandlung 21,8 Milliarden Euro (+ 4,6 %) auf. Die Ausgaben der Fachhochschulen (einschließlich Verwaltungsfachhochschulen) erhöhten sich 2014 gegenüber dem Vorjahr um 5,8 % auf 6,0 Milliarden Euro. Die Ausgabensteigerungen konnten die Hochschulen zu einem beträchtlichen Teil über höhere eigene Einnahmen finanzieren. Die Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit und Vermögen, die zu über 90 % von medizinischen Einrichtungen als Entgelte für die Krankenbehandlung erwirtschaftet wurden, erhöhten sich um 4,2 % auf 16,4 Milliarden Euro. Außerdem warben die Hochschulen im Jahr 2014 Drittmittel in Höhe von 7,3 Milliarden Euro (+ 2,5 %) ein. Die Drittmiteleinnahmen sind in erster Linie für Forschung und Entwicklung an Universitäten einschließlich medizinischer Einrichtungen/Gesundheitswissenschaften bestimmt. Wichtigste Drittmittelgeber der Hochschulen waren die Deutsche Forschungsgemeinschaft (2,4 Milliarden Euro), der Bund (1,9 Milliarden Euro) sowie die gewerbliche Wirtschaft (1,4 Milliarden Euro). Die Einnahmen der Hochschulen aus Beiträgen der Studierenden gingen 2014 um 6,3 % zurück und lagen bei 1,0 Milliarden Euro. Dies lag vor allem am weiteren Wegfall der Studiengebühren.

Uwe Schüler, Landesgruppenreferent